

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässigkeiten bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftenteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. VII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 205

Mittwoch, den 2. September 1936

88. Jahrgang

Menschenschmuggel für die rote Miliz

Oesterreichische Arbeitslose von Kommunisten nach Spanien angeworben

Wien, 2. September. Wie von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, sind die österreichischen Behörden einem umfangreichen kommunistischen Menschenschmuggel auf die Spur gekommen. Wahrscheinlich sind schon Hunderte von österreichischen Arbeitslosen, hauptsächlich Bergbau- und Hüttenarbeiter, zum Eintritt in die Rote Miliz nach Spanien gelockt worden.

Vergangene Woche fiel es den Arbeitslosenämtern in Zellweg und Johnsdorf — dem Mittelpunkt des österreichischen Bergbaues und Hüttenbetriebes — auf, daß 80 im Genuß der Arbeitslosenunterstützung stehende Arbeiter ihre Unterstüßungen nicht mehr behoben haben.

Die Nachforschungen ergaben, daß kommunistische Agenten aus der Tschechoslowakei nach Steiermark gekommen waren, um Arbeitslose für die Rote Miliz in Spanien anzuwerben. (!)

Die Leute sind, mit Fahrkarten und Geldmitteln ausgerüstet, über die Schweiz und Frankreich nach Spanien geschickt worden. Die kommunistischen Agenten glaubten, die Arbeitslosen besonders dadurch verlocken zu können, daß sie ihnen erklärten, sie könnten sich an den spanischen Priestern und an den spanischen Kirchen für den 12. Februar 1934 rächen. Die Behörden vermuten, daß auch in anderen österreichischen Orten ähnliche marxistische Menschentransporte

eingesetzt worden sind und haben umfangreiche Erhebungen eingeleitet.

Los von Moskau

Geheimorganisationen in Sowjetrepubliken

Die Pariser Zeitung „Matin“ befaßt sich mit der Lage in Sowjetrußland und berichtet, daß vor allem in den beiden zentralasiatischen Sowjetrepubliken Turkmenistan und Usbekistan, die schon immer wegen ihrer Engelegenheit als „neuralgische Punkte“ des Sowjetreiches betrachtet worden seien, die Erregung nach dem Moskauer Prozeß zum Durchbruch gekommen sei. In den beiden Sowjetrepubliken Kasachstan und Aserbeidschan sei von den dortigen Kommunisten eine große geheime Organisation gegründet worden. In dem Programm dieser Organisation stünde die Loslösung von der Sowjetunion. In der Krim sei ebenfalls eine Bewegung ausgebrochen, die sich gegen die Regierung in Moskau richtete. Auch in der Heimat Stalins, in Georgien, sei eine Verschwörung ausgebrochen worden; man habe dort die Ermordung des Generalsekretärs der kommunistischen Partei und früheren Tscheffisten Beria vorbereitet und eine selbständige Regierung bilden wollen. Unter den hier verhafteten Verschwörern befindet sich ein Verwandter Stalins namens Neo Djugaschwili. Die ganze Lage beunruhige Stalin außerordentlich.

Spanische Marxisten werben in Frankreich

Die spanische Kommunistin Iriburi, genannt Passonaria, ist in Begleitung des spanischen Unterrichtsministers Domingo, des ehemaligen Justizministers Antonio Lara und des spanischen Unterstaatssekretärs für Industrie und Handel, Siches, in Paris eingetroffen. Das „Echo de Paris“ fordert, daß Frau Iriburi und die Herren Domingo, Lara und Siches gebeten werden müßten, in ihre Heimat zurückzulehren. Man wüßte, zu wissen, ob Ministerpräsident Léon Blum zulassen würde, daß die Aktivität dieser Personen sich frei auf französischem Boden entwickeln dürfe. Die Achtung vor der „Neutralität“, die die französische Regierung gegenüber Spanien zu haben erklärt, verpflichte Léon Blum sicherlich auch, diese „Unerwünschten“ so zu behandeln, wie der Innenminister Salengro es mit dem spanischen Militärattaché gemacht habe.

Neben dem Zweck der Ankunft der spanischen Kommunistin Passonaria und ihrer Begleitung in Paris bemerkt der „Jour“, der Umstand, daß sich auch der Unterstaatssekretär für Handel und Industrie bei dieser spanischen Abordnung befinde, lasse sehr leicht erraten, welche Ziele diese Reife in Frankreich haben dürfte.

Vorsicht im Briefverkehr mit Spanien

Nach einer Meldung des Konsulats in Cartagena wird dort dem Briefverkehr aus Deutschland gegenüber strenge Zensur ausübt. Auch das Generalkonsulat in Barcelona berichtet ähnlich und weist auf den Fall des Pastors Gründler hin, in dem unvorsichtige Bemerkungen in Briefen zu dessen Verhaftung geführt haben. Da allgemein anzunehmen ist, daß unüberlegte Äußerungen in Briefen deutscher Absender die Empfänger in Spanien leicht in erhebliche persönliche Ungelegenheiten, wenn nicht gar in Gefahr bringen können, muß in den Mitteilungen größte Zurückhaltung bewahrt werden.

Warschauer Kurs unverändert

Eine Mahnung an Frankreich.

Die französische Presse hatte an den Besuch des Generalstabschefs Gamelin und den Gegenbesuch des Generalinspektors der polnischen Armee, General Rhdz-Smigly, die gewagte Vermutung geknüpft, daß damit eine Wendung der polnischen Außenpolitik zugunsten Frankreichs verbunden sei. Gegen diese Auffassung nimmt die halbamtliche „Gazeta Polska“ sehr entschiedene Stellung.

Polen stütze, so schreibt das Blatt, seine Außenpolitik auf drei Grundlagen, nämlich auf die eigene Verteidigungskraft, auf die guten Beziehungen mit den Nachbarn und auf die Verteidigungsbündnisse. Auf dem Gebiet des Aufbaues der eigenen Wehrmacht seien die Ergebnisse sichtbar und allgemein bekannt.

Die Normalisierung seiner Beziehungen mit den Nachbarn Deutschland und Sowjetrußland betrachte Polen als die wichtigste Vorbedingung einer Festigung des europäischen Friedens.

Schließlich sei das Bündnis mit Frankreich neben dem mit Rumänien ein dauerhaftes Verteidigungsmittel. Jedoch müsse objektiv festgestellt werden, daß der heutige Gegenbesuch angesichts eines völlig neuen Wertesystems statifinde, den Polen dem Bündnis mit Frankreich gegeben habe. Seit dem Zustandekommen des Bündnisses im Jahre 1921 sei die Stärke Polens gestiegen und wachse andauernd weiter. Ueber diese unbefrührte Tatsache gebe sich leider ein Teil der französischen öffentlichen Meinung nicht Rechenschaft, indem er die Bedeutung dieses Bündnisses nicht immer im Einklang mit seinem Inhalt auslege. Nach polnischer Auffassung habe dieses Bündnis nur dann seinen Wert, wenn sein Inhalt, der auf der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit seiner Unterzeichner beruhe, voll und ganz respektiert werde.

Frankreich liefert die Waffen

Enthüllungen eines italienischen Blattes

Die französische Neutralitätsaktion gegenüber den spanischen Bürgerkriegsirrren erscheint in einem fragwürdigen Licht angesichts der aufsehenerregenden Enthüllungen, die das römische Blatt „Messaggero“ zur Zeit macht. Unter der Ueberschrift „Wer hat den spanischen Kommunisten die Waffen geliefert?“ veröffentlicht das Blatt eine ausführliche Zusammenstellung über die Entwicklung der, wie es betont, auf Initiative der spanischen Regierung zurückgehenden Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Lieferung von Waffen, die — wiederum auf Antrag der spanischen Regierung — direkt aus den Rüstungsdepots des französischen Heeres entnommen werden sollten.

Das Blatt bezeichnet seine Angaben als absolut zuverlässig und erklärt, kein Dementi fürchten zu brauchen. Es seien unauferlegbare und unüberlegliche Beweise über umfangreiche Waffenlieferungen an die Madrider Regierung vor und sofort nach der französischen Nichterklärungsinitiative vorhanden. Selbst der französische Ministerpräsident habe die entsprechenden Enthüllungen der Pariser Presse im französischen Ministerrat nicht ableugnen können und sich auf die Bemerkung beschränkt, es handele sich um geringfügige Lieferungen.

Nach den Feststellungen des „Messaggero“ hat sich der spanische Ministerpräsident Curoga am 18. Juli telegraphisch an den französischen Ministerpräsidenten Blum gewandt und ihn um Mithilfe Frankreichs bei der Niederwerfung der Nationalisten gebeten. Ministerpräsident Blum habe darauf den spanischen Botschafter Cardenas gebeten, der spanischen Regierung mitzuteilen, daß die französische Regierung bereit sei, die für die Niederwerfung notwendige Hilfe zu gewähren.

Das Blatt schildert vom 18. bis zum 27. Juli Tag für Tag den Stand der Verhandlungen und die tatsächlichen, wenn auch nicht immer mengenmäßig genau feststellbaren Lieferungen sowie ihre Bezahlung, für die neben der Eröffnung eines Kredits von 6 Millionen Franken bei der Banque de Paris et des Pays Bas Goldtransporte in der Höhe von 1.288.000 Pfund Sterling nach Paris durchgeführt worden seien.

Mit der ganzen Entwicklung dieser Angelegenheit werde zweifelsfrei bewiesen, so stellt das Blatt dann fest,

daß die Madrider Regierung eine regelrechte direkte Intervention nicht etwa bei der französischen Privatindustrie, sondern bei der französischen Regierung selbst beantragt habe.

Militärische Abmachungen im Hintergrund

Im Zusammenhang damit stellt das römische Blatt fest, daß Paris mit dieser wiederholten Begünstigung Madrids ganz bestimmte Ziele verfolge. Frankreich suche einen militärischen Stützpunkt in Spanien. Auch habe es im Jahre 1932 durch Herriot, wenn auch vergebens, mit Hilfe eines überaus günstigen Handelsvertrags ein Kompromiß über das Durchzugsrecht französischer Kolonialtruppen durch spanisches Gebiet im Kriegsfall erreichen wollen.

Diesem Handelsvertrag sei übrigens ein vertrauliches militärisches Schriftstück beigelegt, auf Grund dessen Spanien in einem Jahre für 20 Millionen Franken französisches Kriegsmaterial kaufen und außerdem Fabriken für die Herstellung von Flugzeugen und Geschützen nach französischen Patenten einrichten sollte, die im Kriegsfall das französische Heer zu beliefern hätten.

Die Tatsache, so schließt das Blatt, zeige, wie peinlich der Volksfrontregierung die gewissenhafte Einhaltung des von den Großmächten beschlossenen Embargos sein müsse, das in so offenem Widerspruch mit diesen der französischen Initiative unmittelbar vorausgegangen oder gleichzeitig sich abspielenden Dingen sei.

Bericht eines österreichischen Zeugen

Unter der Ueberschrift „Das neutrale Frankreich als Waffenlieferant — Aussage eines österreichischen Zeugen“ veröffentlicht die christlich-soziale „Reichspost“ in großer Aufmachung eine Zuschrift eines Oesterreichers aus Biarritz, in der es u. a. heißt: „Französische Waffenlieferungen nach Spanien dauern mit kurzen Unterbrechungen an. Ich selbst bin Zeuge davon geworden, als ich von hier gegen die Grenze fuhr, um die Kämpfe bei Brun beobachtet zu können. Ich habe mit eigenen Augen die im französischen Grenzbahnhof auf den Abtransport wartenden Wagen gesehen, deren Verhüllungen den Inhalt — Geschützläsetten — nicht völlig verbergen konnten.“

